



Niederschrift

über die 6. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses
am 17.03.2015

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:20 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender
Knülle, Marc

Ratsmitglied

CDU-Fraktion

Mölders, Martina
Bambeck, Jörg
Dziendziol, Dieter
Müller, Bernhard
Pageler, Lutz Dr.
Schell, Georg
Esser, Magdalene

Ratsmitglied
Ratsmitglied
1. stellv. Vorsitzender
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied vertretend
sachkundige Bürgerin

SPD-Fraktion

Nettesheim, Andreas
Seifen, Torsten
Kourkoulos, Jörg
Frank, Rainer Dr.

Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
sachkundiger Bürger vertretend

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin
Günther, Christian

2. stellv. Vorsitzender
Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Jung, Stefanie

Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Heikaus, Edmund

sachkundiger Bürger vertretend

DIE LINKE. Fraktion

Treutler, Bernd

sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Montexier, Herbert

beratendes Mitglied (ab 19:05 Uhr)

Protokollführer

Dombrowski, Reiner

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Feld-Wielpütz, Claudia

Ratsmitglied

Puffe, René

Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Kespohl, Peter

Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang

Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Gleß Dez. IV

Herr Steinkamp 1

Herr Müller 1/10

Frau Rüdebusch 1/10

Herr Knipp 6/10

Herr Weingart 6/10

Herr Hennig 6/10

Herr Trübenbach 6/30

Herr Bastian WBF

Herr van Grinsven luK

Außerdem waren anwesend:

Als Mitglieder des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses

Herr Deibler

Herr Heckeroth

Herr Willenberg

Frau Roitzheim

Herr Heynisch

Herr Stiefelhagen

Herr Dr. Langen

Frau Bilgmann

Ferner anwesend waren:

Herr Schumacher	OV Mülldorf
Frau Mick	OV Niederpleis
Herr Tenschert	sB

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.02.2015
3. 15/0036 Denkmalpflegeplan der Stadt Sankt Augustin, Bericht über den derzeitigen Stand der Planung
4. 15/0054 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Sankt Augustin für den Bereich in der Gemarkung Hangelar, Flur 7 zwischen der Einmündung des Pützchensweg in die Bonner Straße und der Bonner Straße (B56); 1. Aufstellungsbeschluss; 2. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.1 BauGB
5. 15/0055 Bebauungsplan Nr. 209 'Pützchensweg' in der Gemarkung Hangelar, Flur 7; Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.1 BauGB
6. 15/0068 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 'An der Kleinbahn'; Bericht zum derzeitigen Sachstand des Verfahrens sowie über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs.2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
7. 15/0069 Bebauungsplan Nr. 421 - Teilbereiche B und C 'Marktstraße', Erlass einer Veränderungssperre

8. 15/0073 Ausgleichsflächenmanagement der Stadt Sankt Augustin; Bericht
über das Ökokonto und die Flächenbewirtschaftung
9. 15/0075 Das Umweltprogramm 2015
10. Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauantrag
11. Anträge der Fraktionen
- 11.1.1. 14/0441 Situation des fahrenden und ruhenden Verkehrs in der Garten-
straße
Fraktion Aufbruch!
- 11.1.2. 14/0442 Niederpleiser Straße in Mülldorf - Überprüfung der Maßnahmen
zur Verkehrsberuhigung und der Markierungen/Beschilderung für
den ruhenden Verkehr
Fraktion Aufbruch!
- 11.1.3. 14/0444 Verkehrssituation Laubenweg / Niederpleiser Straße und Garten-
straße
SPD-Fraktion
- 11.1.4. 15/0033 Aufstellung von Unterflur-Containern für die Sammlung von Altglas
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
12. Anfragen und Mitteilungen
- 12.1. Anfragen
- 12.1.1. 14/0394 Sanierung der Eisenbahnbrücke in Menden
CDU-Fraktion
- 12.1.2. 14/0397 Zustand Grundstück Ecke Burg-/Mittelstraße frühere Post in Men-
den

CDU-Fraktion

- 12.1.3. 14/0438 Job-Ticket versus Kfz-Parkraum
 Aufbruch! Fraktion
- 12.1.4. 14/0439 Weiterer Prozess der Rahmenplanung für den Verkehrslandeplatz
 Hangelar
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 12.1.5. 15/0042 Bauvorhaben ehemalige Druckerei in Meindorf
 SPD-Fraktion
- 12.1.6. 15/0043 Fahrrad- und Gehwegbeschilderung
 CDU-Fraktion
- 12.1.7. 15/0056 Vernässung im Pleistal
 Fraktion Aufbruch!
- 12.1.8. 15/0058 Ampelschaltung auf der L121 zwischen Niederpleis und Buisdorf
 Fraktion Aufbruch!
- 12.1.9. 15/0076 Stellplatzsatzung
 CDU-Fraktion
- 12.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 18.11.2014
3. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - nicht öffentlich -
4. Anträge der Fraktionen
5. Anfragen und Mitteilungen
 - 5.1. Anfragen
 - 5.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	FD 6/10 FD 3
----------	--	--	-------------------------

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest. Er begrüßte die zum Tagesordnungspunkt 3 „Denkmalpflegeplan der Stadt Sankt Augustin, Bericht über den derzeitigen Stand der Planung“ geladenen Mitglieder des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses.

Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass bei der DS-Nr. 15/0055 „Bebauungsplan-Nr. 209“, und zwar hier bei der Anlage „Begründung“ durch einen technischen Fehler bedauerlicherweise nur das Deckblatt in das Bürgerinformationssystem gelangt ist. In der Druckfassung ist die Begründung vollständig enthalten.

Die Druckfassungen der Begründung sind vor der Sitzung verteilt worden. Mittlerweile ist die vollständige Anlage (Begründung und Deckblatt) in das Bürgerinformationssystem eingestellt. Bei Problemen oder Nachfragen hierzu sollte das unter dem betreffenden Tagesordnungspunkt aufgerufen werden. Damit war der Ausschuss einverstanden.

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 04.02.2015	FD 6/10
----------	--	---	----------------

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

3	15/0036	Denkmalpflegeplan der Stadt Sankt Augustin, Bericht über den derzeitigen Stand der Planung	FD 6/10 FD 3
----------	----------------	---	-------------------------

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Gäste aus dem Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss. Ebenfalls begrüßte er Herrn Prof. Dr. Werling vom Büro Voigt-Werling.

Vor dem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Werling führte Herr Gleß von der Verwaltung in die Thematik ein und wies auf die zahlreichen Baudenkmäler in Sankt Augustin hin. Er machte auf die unsensible Behandlung von Denkmälern in der Vergangenheit aufmerksam. Aus seiner Sicht muss es ein stadtentwicklungspolitischer Grundsatz sein, Denk-

malschutz immer mehr in den Focus zu nehmen. Man befinde sich jetzt an der Schwelle zu einem Denkmalpflegeplan für die Stadt Sankt Augustin, in der es darum geht, die denkmalpolitischen Belange ausreichend zu würdigen.

Herr Prof. Dr. Werling erinnerte an die vergangene Präsentation kurz nach der Auftragsstellung. Danach habe man mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Sankt Augustin u. a. aus dem Arbeitskreis Stadtgeschichte Kontakt aufgenommen, um diese Personen, die teilweise in der Stadt groß geworden sind, in die Arbeit mit einzubinden. Danach stellte er den Bericht über den derzeitigen Stand der Arbeiten zum Denkmalpflegeplan vor.

Anmerkung:

Die während der Sitzung vorgestellte Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich bei Herrn Prof.Dr. Werling für den Vortrag.

Herr Heynisch von der Fraktion AUFBRUCH! stellte als Mitglied des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses die Frage, ob die Brölbahn berücksichtigt wird. Dies wurde von Herrn Prof. Dr. Werling bestätigt.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte wissen, ob es möglich ist, den Mitgliedern der Ausschüsse die Bestandsaufnahme zur Verfügung zu stellen.

Herr Prof. Dr. Werling bestätigte, dass die jetzt erhobenen Erkenntnisse ins Netz gestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht über den derzeitigen Stand der Arbeiten zum Denkmalpflegeplan zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

4	15/0054	9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Sankt Augustin für den Bereich in der Gemarkung Hangelar, Flur 7 zwischen der Einmündung des Pützchensweg in die Bonner Straße und der Bonner Straße (B56); 1. Aufstellungsbeschluss; 2. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.1 BauGB	FD 6/10 FB 1 FB 7 BNU Bericht bis 15.05.2015
----------	----------------	---	---

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, den Tagesordnungspunkt 4 zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 5 „Bebauungsplan-Nr. 209 Pützchensweg“ aufzurufen, um sie gemeinsam zu beraten. Damit war der Ausschuss einverstanden.

Vor Eintritt in die Diskussion stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass seitens des Ausschusses die beabsichtigte Präsentation nicht gewünscht sei.

Herr Schell für die CDU-Fraktion eröffnete die Diskussion mit der Frage, welche Bedenken die Träger der öffentlichen Belange hätten, als sie bei dem am 23.02.2015 stattgefundenen „Csooping-Termin“ der genannten Alternative nicht zustimmten. Er stellte die Frage, ob es in diesem Zusammenhang um die Verkehrserschließung gegangen sei.

Herr Metz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte die Zustimmung seiner Fraktion für beide Verfahren, insbesondere aber für den Flächennutzungsplan, in Aussicht. Man sei aber mit dem Prüfergebnis zu der in der letzten Sitzung gestellten Frage einer möglichen Erschließung über die Eifelstraße nicht glücklich. Wegen des Landschaftsschutzgebietes leuchte es ein, dass die Verwaltung am Thema „Heckenweg“ festhalte. Bei der Inanspruchnahme des zur Stadt Bonn gehörenden Heckenweges müsse aber nachgedacht werden, wie der dann dort entstehende Verkehr abgewickelt werden kann, auch hinsichtlich der noch vorhandenen Wohnbebauung. Um ein Gewerbegebiet zu erschließen sei die jetzige Situation schlecht. Bei den beiden Varianten 1 sei eine Sackgasse vorgesehen. Es würde eine Straße parallel zum Heckenweg verlaufen. Es stelle sich die Frage, ob hier ein Fuß- und Radweg geplant werden könne. Als letzte Anregung bzw. Frage nannte er das Thema Eisenbahntrasse. Auch erinnerte er daran, dass in den Planungen des Landes NRW auch erwogen worden sei, eine Straßenbahnverbindung Beuel in Richtung Holzlar ggf. bis Hangelar auf der Industriebahntrasse zu realisieren. Dies sei zwar weite Zukunftsmusik. Aber unter diesem Aspekt sollte der B-Plan noch einmal angeschaut werden, ob eine zweigleisige Straßenbahn mit Oberleitung vom Platz her realisierbar ist oder ob ggf. Baufelder so zu schneiden sind, dass eine Straßenbahntrasse ggf. verwirklicht werden könnte.

Herr Dr. Frank von der SPD-Fraktion teilte mit, dass seine Fraktion der Änderung des Flächennutzungsplanes zustimmen wird. Die Erschließung des Gewerbegebietes über die Eifelstraße wäre vielleicht die beste Möglichkeit gewesen. Dadurch würde man aber das Landschaftsschutzgebiet zerschneiden. Darum lehne seine Fraktion die Alternative

2 ab. Es könne nur um die Alternativen 1 oder 1a gehen. Aus Sicht seiner Fraktion wäre die Alternative 1 harmonischer. Hier könnte man auch eine Anpassung an das Landschaftsschutzgebiet vornehmen, obwohl man sich nicht sicher ist, ob das möglich ist, da es sich um private Flächen handelt. Aus seiner Sicht könne die Erschließung bei den Alternativen 1 oder 1a, so wie sie jetzt stattfindet, nicht bleiben. Um die Ein- und Ausfahrtmöglichkeiten zu verändern müsste eine andere Lösung her. Denn binde man das Gewerbegebiet aus beiden Richtungen nicht vernünftig an die B 56 an, würde Ärger programmiert sein.

Herr Gleß von der Verwaltung erinnerte daran, dass eine Erschließung des Gewerbegebietes über die Eifelstraße sowohl seitens des Gewässerschutzes als auch von den Landschaftspflegern abgewunken wurde. So bliebe die Erschließung über den Heckenweg. Dies sei mit einigen Problemen behaftet. Zum einen sei die Straße sehr eng, und der Einmündungsbereich müsste verändert werden. Zum anderen sei eine andere Kommune Träger der Straßenbaulast. Mit dieser seien Gespräche zu führen, wie und ob der Heckenweg umgestaltet werden kann, so dass ein vernünftiger Ausbau und ein vernünftiger Anschluss an die B 56 erreicht werden kann. Die bisher geführten Gespräche seien positiv verlaufen. Man strebe zurzeit an, auf der Grundlage einer entsprechenden Ausbauplanung eine Verwaltungsvereinbarung abzuschließen. Vorher werde auf jeden Fall der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beteiligt. Die Eisenbahntrasse soll im Bebauungsplan festgesetzt werden. Zu dem den Heckenweg begleitenden Fuß- und Radweg könne er heute nichts sagen. Das würde man bei der Erstellung der Ausbauplanung prüfen, ob und in welchem Umfang das möglich ist.

Herr Metz begrüßte die Zusage, dass die Trasse gesichert wird. Dies sollte auch für eine Zweigleisigkeit gelten. Das müsse aber jetzt nicht in dieser Sitzung beantwortet werden. Er führte weiter aus, dass nun eine parallellaufende Erschließung zum Heckenweg und über den Heckenweg selbst geplant sei. Ein Großteil der Grundstücke würde sowohl über den Heckenweg als auch rückwärtig über die neue Erschließung erfolgen. Das sei dem Umstand geschuldet, dass man gerade für kleinere Betriebe etwas schaffen möchte. Es sollte aber überlegt werden, ob eine Erschließung von zwei Seiten Sinn macht, auch im Hinblick auf anfallende Erschließungsbeiträge etc.

Eine von Herrn Schell in diesem Zusammenhang gestellte Frage wurde von der Verwaltung beantwortet.

Der Ausschussvorsitzende stellte nun fest, dass es hinsichtlich des Flächennutzungsplanes keinen weiteren Diskussionsbedarf mehr gäbe. Bezüglich des Bebauungsplanes sei von der Verwaltung die Alternative 1a genannt worden.

Er stellte die Frage, ob alle Fraktionen dem folgen können.

Herr Dr. Frank bat noch einmal um Prüfung, ob rechtlich überhaupt möglich ist, ein Privatgrundstück, welches bebaut war, aus Harmoniegesichtspunkten in ein Landschaftsschutzgebiet umzuwidmen.

Herr Weingart von der Verwaltung teilte dazu mit, dass bei der Alternative 1 der von Herrn Dr. Frank genannte Zipfel nicht bebaut gewesen war. Jetzt sei er mit einem Stich erschlossen.

Herr Dr. Frank wies auf den 3. Absatz auf Seite 12 der Sitzungsvorlage hin. Er stellte die Frage, ob die Alternative 1 überhaupt rechtlich realisierbar wäre. Er habe es so verstan-

den, dass aus Gründen der Arrondierung des Landschaftsschutzgebietes nun eine Grünfläche ausgewiesen werden sollte. Er habe die Zweifel, ob das, was vorher bebaut war, als Grünfläche zurückgestuft werden kann.

Der Ausschussvorsitzende erinnerte, dass bei der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante 1a das Problem nicht auftreten würde.

Herr Gleß führte dazu aus, dass es um eine hypothetische Frage handelt, sofern sich der Ausschuss darauf verständigt, die Variante 1a zu wählen. Bei der Variante 1 müsse das in der Tat überprüft werden. Auch daher schlage er vor, die Variante 1a, wie im Beschlussvorschlag genannt, weiter zu betreiben.

Frau Jung von der FDP-Fraktion tat kund, dass die Variante 1 wohl nicht mehrheitsfähig sei und daher eine Prüfung auch nicht erfolgen bräuchte.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet in der Gemarkung Hangelar, Flur 7 begrenzt durch den Pützchensweg und die Bonner Straße (B56), die 9. Änderung des FNP gem. § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen.

einstimmig
1 Enthaltung

2. Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, mit dem vorliegenden Vorentwurf der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB einzuleiten.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom Februar.2015 zu entnehmen.

einstimmig
1 Enthaltung

5	15/0055	Bebauungsplan Nr. 209 'Pützchensweg' in der Gemarkung Hangelar, Flur 7; Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs.1 BauGB	FD 6/10 FB 1 FB 7 BNU Bericht bis 15.05.2015
----------	----------------	--	---

Die Beratung hierüber erfolgte bei Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt mit dem vorliegenden Vor-entwurf des Bebauungsplanes Nr. 209 „Pützchensweg“ Alternative 1 a, die Durchfüh-rung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB einzuleiten.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan von Feb-ruar 2014 zu entnehmen.

einstimmig

6	15/0068	1.Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 'An der Kleinbahn'; Bericht zum derzeitigen Sachstand des Verfah-rens sowie über die öffentliche Auslegung ge-mäß § 3 Abs.2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Be-lange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	FD 6/10 Bericht bis 15.05.2015
----------	----------------	---	---

Frau Jung von der FDP-Fraktion bat die Verwaltung um Sachstandsschilderung. Sie stellte insbesondere die Frage, ob seitens des „Landesbetrieb Straßen NRW“ Bewegung in die Angelegenheit gekommen ist. Sie äußerte ihren Unmut über die Verzögerung sei-tens dieser Behörde.

Herr Gleß erinnerte daran, dass man bereits seit mehr als 7 Monaten auf die Unter-zeichnung der Vereinbarung warte.

Auch Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigte sich mit der Verzö-gerung seitens des Landesbetriebes nicht einverstanden, zumal es sich nicht um einen

Einzelfall handelt. Sofern sich zeitnah nicht etwas anderes abzeichnen würde, bittet er die Verwaltung, an die Fraktionsvorsitzenden heranzutreten, die individuell über verschiedene Möglichkeiten verfügen oder in Gremien säßen, wo das thematisiert werden könnte.

Auch Herr Gleß führte aus, dass es jetzt darum gehe, zügig weiter zu arbeiten. Man habe noch manches zu erledigen. Die Offenlage des Bebauungsplanes sei abgeschlossen. Damit habe man Planreife. Seit ca. 6 Wochen würde auch der Bauantrag vorliegen. In absehbarer Zeit könnte das Baugenehmigungsverfahren abgeschlossen sein. Auch ist der städtebauliche Vertrag endverhandelt. In der letzten Ratssitzung sei der noch zu tätige Grunderwerb seitens des Investors auf den Weg gebracht worden. Man würde auf der Verwaltungsebene weiterhin versuchen, zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem Landesstraßenbetrieb zu kommen. Aber man sei dankbar für den Hinweis und würde ggf. an die Fraktionsvorsitzenden herantreten und sie bitten, die bei ihnen vorliegenden Kanäle zu nutzen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

7	15/0069	Bebauungsplan Nr. 421 - Teilbereiche B und C 'Marktstraße', Erlass einer Veränderungssperre	FD 6/10 Bericht bis 15.05.2015
---	---------	--	---

Nach kurzem Wortbeitrag von Frau Jung von der FDP-Fraktion, worin sie Zustimmung signalisierte, ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, für das Gebiet in der Gemarkung Obermenden, Flur 6 westlich der Marktstraße und der Straße „Auf dem Acker“, nördlich des Sportplatzes und östlich der Mittelstraße auf der Grundlage der §§ 14 und 16 Baugesetzbuch (BauGB) sowie des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) eine Veränderungssperre zu erlassen. Der Bereich ist identisch mit dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 421 – Teilbereiche B und C „Marktstraße“.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom Februar 2015 (Anlage 1) zu entnehmen. Der Plan ist Bestandteil der Satzung.

Rechtsgrundlagen in der zum Zeitpunkt des Beschlusses geltenden Fassung:

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414).

einstimmig

8	15/0073	Ausgleichsflächenmanagement der Stadt Sankt Augustin; Bericht über das Ökokonto und die Flächenbewirtschaftung	BNU Bericht bis 15.05.2015
----------	----------------	---	---

Einleitend stellte Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frage, inwiefern bei der Ausgleichsflächenplanung räumliche Aspekte, insbesondere die Biotopvernetzung, Berücksichtigung finden. Sein Wunsch wäre, genügend Ökokontopunkte anzusammeln, um Landschaftsbrücken zu bauen. Zudem wies er auf die Begründung in der Sitzungsvorlage auf Seite 101, vorletzter Absatz, hin, wonach für Suchräume insbesondere auf die Planungen im Rahmen der Regionale 2010 zurückgegriffen werden. Auf Seite 104 würde es weiter heißen, dass Pflichtaufgaben des Gewässereigners über das Ökokonto vermarktet und refinanziert werden und andererseits Maßnahmen über das Förderprogramm von Chance 7 bezuschusst werden können. Er erinnerte daran, dass man beim Grünen C bezüglich der Einbuchung ins Ökokonto Zuschüsse erhalten habe, die ins Ökokonto gebucht wurden, die aber später wieder verkauft werden sollten. Laut Aussage der Kreisverwaltung dürfe man aber nur den Eigenanteil der Finanzierung in das Ökokonto einbuchen. Pflichtaufgaben dürften eigentlich nicht über das Ökokonto vermarktet werden. Der in der Vorlage enthaltene Satz, dass davon auszugehen ist, dass Pflichtaufgaben des Gewässereigners über das Ökokonto vermarktet und refinanziert werden können, ist anzuzweifeln. Er bittet hierüber um eine Mitteilung zu Protokoll.

Herr Gleß von der Verwaltung sagte, dass er heute abschließend hierzu nichts sagen könne. Die Antwort werde er als Anmerkung zu Protokoll geben.

Anmerkung:

Sh. beigelegte Anmerkung des BNU vom 15.04.2015.

Herr Gleß führte weiter aus, dass das Pleisbachtal hauptsächlich durch den Wasserverband bewirtschaftet wird. Man überprüfe derzeit, inwieweit die Wasserrechtsrahmen-

richtlinien u. a. an dieser Stelle umgesetzt werden können. Durch die Biotopvernetzung sei seinerzeit das Ausgleichsflächenkataster entstanden. Die städtischen Liegenschaften würden hier eine Rolle spielen. Aber insbesondere würde auch die Frage nach der ökologischen Wertigkeit geklärt.

Herr Metz wies auf das Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der A 59 hin. Auch hier könnte man einiges hinsichtlich des Ausgleiches erwarten. Er erinnerte an das seinerzeitige Planfeststellungsverfahren für die S 13, alle Fraktionen hätten Überlegungen zur Landschaftsbrücke angestellt. Er wollte wissen, ob man sich im Zuge des Planfeststellungsverfahrens der A 59 noch einmal Überlegungen zur Landschaftsbrücke machen sollte.

Herr Gleß stellte dazu fest, dass man den Traum einer Landschaftsbrücke noch nicht aufgegeben habe. Seinerzeit waren zwei mögliche Brücken angedacht, und zwar die Überführung A 560 in Höhe der Kirche Niederpleis sowie der landwirtschaftliche Überweg über die A 59. Es sei immer wieder versucht worden, Landschaftsbrücken zu initiieren. Der Wunsch danach sei bewusst nach vorne gestellt worden. Werde die Schneise an der A 59 noch größer gemacht, sei es nur verständlich, entsprechende Ausgleichsmaßnahmen in Form einer Landschaftsbrücke zur Überwindung dieser erweiterten Trasse zu realisieren. Das ist nach wie vor ein zu verfolgender Ansatz. Es mag vielleicht eines Tages gelingen, auch komplementär die Finanzierung unterzubringen. Es muss ja nicht nur der Ausgleich für eine Verbreiterung der A 59 sein, zusätzlich im Stadtgebiet angesammelte Biotopwertpunkte könnten auch hier Verwendung finden.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht über Konzept und die Durchführung des Sankt Augustiner Ausgleichsflächenmanagements im Sinne des Aufbaus und der Führung eines Ökokontos zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, gemäß der mit dem Rhein-Sieg-Kreis abgeschlossenen Vereinbarung, die erforderlichen liegenschaftlichen und ökologisch aufwertenden Maßnahmen sukzessive weiter umzusetzen.

einstimmig

9	15/0075	Das Umweltprogramm 2015	BNU
----------	----------------	--------------------------------	------------

Herr Dziendziol von der CDU-Fraktion bedankte sich beim Büro für Naturschutz und Umwelt für das erstellte Programm. Diesem Dank schlossen sich alle anderen Fraktionen an.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

10		Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauanträge	FD 6/10 FD 6/30 BRB
-----------	--	--	------------------------------------

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass zu diesem Thema zum wiederholten Male nichts vorzutragen ist. Seitens des Ausschusses habe man damals das Thema zum ständigen Tagesordnungspunkt erhoben. Er bittet den Ausschuss, ihm zu folgen, dass, wenn bei Unterschrift unter die Tagesordnung nichts Vorzutragendes vorliegt, er von sich aus diesen Punkt dann nicht mehr aufrufen lässt.

Herr Schell von der CDU-Fraktion stellte die Frage, ob gewährleistet ist, dass die Bauvoranfragen bzw. Bauanträge mitgeteilt werden, die nach der Unterschriftsleistung unter der Einladung bis zum Sitzungstag bei der Verwaltung eingehen.

Nach Rücksprache mit der Verwaltung bestätigte der Ausschussvorsitzende, dass darüber auf jeden Fall unter Mitteilungen berichtet wird. Damit war der Ausschuss einverstanden.

11		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

11.1.1	14/0441	Situation des fahrenden und ruhenden Verkehrs in der Gartenstraße Fraktion Aufbruch!	FB 1, FD 6/10
---------------	----------------	---	----------------------

Für die den Antrag stellende Fraktion teilte Herr Heikaus mit, dass seine Fraktion den Antrag zurückzieht.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

11.1.2	14/0442	Niederpleiser Straße in Mülldorf - Überprüfung der Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und der Markierungen/Beschilderung für den ruhenden Verkehr Fraktion Aufbruch!	FB 1, FD 6/10
---------------	----------------	---	----------------------

Herr Heikaus von der den Antrag stellenden Fraktion begründete diesen. Er stellte auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden klar, dass der Beschlussvorschlag nur den 1. Absatz umfasst beginnend mit „Die Verkehrssituation in der Niederpleiser Straße...“, und endend „...sicherer gemacht werden kann“.

Herr Steinkamp von der Verwaltung teilte mit, dass die geschilderte Verkehrssituation nachvollziehbar ist. Das habe man auch festgestellt. Fraglich ist, wie man dem Problem entgegen treten kann. Die Fraktion habe in ihrem Antrag selbst festgestellt, dass Schilder und Markierungen nicht beachtet werden. Die jetzt beantragten weiteren Schilder und Markierungen würden nur dann Sinn machen und umsetzbar sein, wenn eine Kontrolle erfolgt. Es mache Sinn, in der Einmündung des Laubenweges und auf der Gartenstraße zusätzlich zu den gesetzlich geschützten Räumen eine Markierung anzubringen. Seitens der Straßenverkehrsbehörde sage man jetzt zu, das umsetzen zu wollen. Hinsichtlich der Überwachung verwies er auf den in der nächsten Hauptausschusssitzung zu behandelnden Antrag, wonach die Verwaltung über die Überwachung des ruhenden Verkehrs zu berichten habe.

Frau Jung von der FDP-Fraktion stellte fest, dass Anträge über derartige Ordnungswidrigkeiten in fast jeder Sitzung vorliegen. Das hier sei kein Einzelfall. Mit den jetzt von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen sei sie einverstanden. Sie habe aber den Eindruck, dass sich die Schilder in Sankt Augustin unheimlich vermehren. Sie stimme der Verwaltung zu, dass solche Missstände wie im Antrag geschildert nur durch mangelhafte Kontrollen entstünden. Lösungsmöglichkeiten wären daher strengere Kontrollen.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass der nächste Tagesordnungspunkt der von seiner Fraktion gestellte Antrag zur selben Situation sei. In seinem Antrag wäre zusätzlich noch das Thema „Zebrastreifen vor dem Kindergarten“ genannt. Man hätte beide Sachen zusammen abhandeln können. Vielleicht könne die Verwaltung hierzu bereits jetzt etwas sagen.

Da sich hiergegen kein Widerspruch seitens des Ausschusses erhob, führte die Verwaltung aus, dass es vor dem Kindergarten gewisse Regularien gäbe, die einzuhalten sind. Zum einen befinde man sich in der Tempo-30-Zone. Ein Übergang sei hier in der Regel nur an ganz exponierten Stellen möglich. Für die Kindergartenkinder, die von den Eltern bis zur Tür des Kindergartens gebracht werden und die dabei auch noch im Halteverbot stehen, bräuchten ohnehin keine Zebrastreifen angelegt werden. Das vertiefend zu prüfen, wie im Antrag gefordert, bestehe keine Notwendigkeit.

Herr Müller von der CDU-Fraktion wandte ein, dass Grenzmarkierungen kein Heilmittel seien. Wenn man sage, man wolle keine Schilder, dann könne man auch keine Grenzmarkierung fordern. Die Disziplin der Leute sei auf den Nullpunkt gesunken. Auch zusätzliche Grenzmarkierungen würden hier nichts bringen.

Herr Schumacher als Ortsvorsteher von Mülldorf stimmte den Vorrednern zu, dass die Verkehrsteilnehmer heute sehr rücksichtslos seien. Insbesondere wies er auf die Jüchstraße in Sankt Augustin-Mülldorf hin. Dort befinden sich Parkmarkierungen. Aber jeden Tag würde permanent dort ein Auto abgestellt. Bis heute wurde dort noch keine Verwarnung ausgesprochen. Er schlage daher vor, das Ordnungsamt personell aufzurüsten.

Herr Schell von der CDU-Fraktion stellte fest, dass man sich vom Grunde her einig sei, dass man einen höheren Kontrolldruck benötige. Daher habe man auch den bereits erwähnten Antrag im Haupt- und Finanzausschuss gestellt. Durch diesen Kontrolldruck sollten die Fahrzeugführer erzogen werden.

Auch Herr Heikau erkannte den Bedarf nach vermehrter Kontrolle.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass man nunmehr die Prüfaufträge habe, die durch die Aussagen von Herrn Steinkamp im Protokoll nachlesbar sind und man keine Beschlüsse fassen müsse.

Dies wurde von den Fraktionen auch so gesehen.

Es wird antragsgemäß verfahren.

11.1.3	14/0444	Verkehrssituation Laubenweg / Niederpleiser Straße und Gartenstraße SPD-Fraktion	FD 6/10, FB 1
---------------	----------------	---	----------------------

Diskussion und Prüfauftrag siehe unter TOP 11.1.2.

Es wird antragsgemäß verfahren.

11.1.4	15/0033	Aufstellung von Unterflur-Containern für die Sammlung von Altglas Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FB 7 Bericht bis 15.05.2015
---------------	----------------	---	--

Herr Metz von der den Antrag stellenden Fraktion gab eine Begründung ab.

Für Herrn Dziendziol von der CDU-Fraktion sei der Antrag interessant, es stelle sich ihm aber die Frage, ob die RSAG der richtige Adressat sei. Seiner Auffassung nach werde Glasabfuhr nicht von der RSAG sondern von anderen Firmen betrieben.

Herr Koculan von der Fraktion Die Linke stellte die Fragen, ob die Überprüfung etwas kostet und aus welchem Ortsteil die Beschwerden kämen.

Frau Jung von der FDP-Fraktion stellte fest, dass man derartige Unterflur-Container häufig in den Niederlanden findet. In den Ferienanlagen sei das ausgeweitet worden auch auf Papiermüll, Kunststoff- oder auch Restmüll. Auch sie stellte die Frage nach den Kosten. Auf jeden Fall sollte eine Überprüfung stattfinden.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Man finde den Antrag gut und würde der Prüfung zustimmen.

Nun teilte Herr Metz mit, dass es immer wieder Beschwerden gäbe. Der Aufwand sei sicher Gegenstand des Prüfauftrages. Die RSAG, bei der seines Erachtens Frau Decking auch bereits bei Nachbarkommunen in dieser Art tätig geworden ist, sollte gefragt werden, was das kosten würde und man sollte auch überprüfen, ob es Synergieeffekte geben würde, z. B. bei durchzuführenden Kanalbaumaßnahmen. Er sei sich auch nicht sicher, ob die RSAG zuständig ist. Für die Abfallentsorgung ist grundsätzlich der Kreis zuständig. Dieser habe die RSAG damit beauftragt, die sich wiederum Subunternehmen bediene.

Frau Jung stellte fest, dass das Konzept Zukunft habe. Bei kleineren Baumaßnahmen, wie z. B. bei der Lindenstraße, sollte man das ausprobieren.

Herr Gleß von der Verwaltung erkannte an, dass die Niederländer in vielen Dingen - wie auch hier - überlegen sind. Aber auch in Deutschland gäbe es bereits eigene tragfähige Systeme. Diese müssen nur eingebracht werden. Im Rüger-Park seien z. B. Unterflur-

Container für Restmüll angebracht worden. So etwas wünsche man sich auch für das Thema Altglas. Man werde die Zuständigkeit klären. Daher würde man diesen Antrag gerne als Prüfauftrag mitnehmen und im Sinne des Antrags verfahren. Die Überprüfung würde außer dem Verwaltungsaufwand keine Kosten verursachen.

Beschlussvorschlag

Die Stadt Sankt Augustin möge zusammen mit der RSAG überprüfen,

1. an welchen Standorten in welchen Zeiträumen und zu welchen Kosten eine Sammlung von Altglas in Form von sogenannten „Unterflurbehältern“ erfolgen kann.
2. Insbesondere sollte geprüft werden, wie durch die Kombination mit Baumaßnahmen, z. B. an Straßen oder Kanälen, die Anlage von Unterflur-Glascontainern sukzessive kostengünstig umgesetzt werden kann.

- einstimmig
- 1 Enthaltung

12		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

12.1		Anfragen	6/30
-------------	--	-----------------	-------------

Einleitend stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass zwischenzeitlich alle Anfragen schriftlich beantwortet sind.

Herr Schell von der CDU-Fraktion stellte eine Nachfrage zu der Beantwortung zum Thema Stellplatz-Satzung, DS-Nr. 15/0076. Mit der Anfrage habe man die Frage gestellt, was mit der Satzung geregelt werden kann. Die Antwort der Verwaltung gäbe leider nicht wieder, was geregelt werden kann.

Daher bittet er im Nachgang um eine Ergänzung, was regelbar ist.

Mit Frage 3 wurde die Verwaltung gefragt, ob sie die Einführung einer solchen Satzung für sinnvoll erachtet.

In der Antwort der Verwaltung wurden zwar Vor- und Nachteile beschrieben, aber eine Einschätzung, ob eine solche Satzung Sinn macht, wurde nicht gegeben. Auch hier bittet er um eine Konkretisierung.

Der Ausschussvorsitzende teilte mit, dass er im Vorfeld der Sitzung mit der Verwaltung über diese Angelegenheit gesprochen hat. Dabei wurde erörtert, ob das Thema zu einem regulären Tagesordnungspunkt gemacht werden sollte, um auch Vor- und Nachteile der Stellplatz-Satzung zu erörtern.

Auch Herr Gleß von der Verwaltung hielt es für richtig, die Angelegenheit zu diskutieren. Vor- und Nachteile ließen sich schwer in zwei bis drei Sätzen abhandeln. Daher sei es auch sein Vorschlag, die Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Herr Müller von der CDU-Fraktion gab den Hinweis, dass in Buisdorf beim Zebrastreifen am Kreisel deutlich sichtbarer Verschleiß entstanden ist. Da es sich um einen Schulweg handelt, habe er die Bitte, den „Landesbetrieb Straßen“ um Erneuerung der Markierung am Zebrastreifen zu bitten.

12.1.1	14/0394	Sanierung der Eisenbahnbrücke in Menden CDU-Fraktion	FB 7
--------	---------	---	------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.2	14/0397	Zustand Grundstück Ecke Burg-/Mittelstraße frühere Post in Menden CDU-Fraktion	FD 6/30, FB 1, FB 7, WFG
--------	---------	--	--------------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.3	14/0438	Job-Ticket versus Kfz-Parkraum Aufbruch! Fraktion	SD, FB 0, FB 1, FD 6/10, PR
--------	---------	--	-----------------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.4	14/0439	Weiterer Prozess der Rahmenplanung für den Verkehrslandeplatz Hangelar Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FD 6/10
--------	---------	--	---------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.5	15/0042	Bauvorhaben ehemalige Druckerei in Meindorf SPD-Fraktion	FD 6/30
--------	---------	---	---------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.6	15/0043	Fahrrad- und Gehwegbeschilderung CDU-Fraktion	FB 7
---------------	----------------	--	-------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.7	15/0056	Vernässung im Pleistal Fraktion Aufbruch!	FB 7, BNU
---------------	----------------	--	------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.8	15/0058	Ampelschaltung auf der L121 zwischen Niederpleis und Buisdorf Fraktion Aufbruch!	FD 6/10, FB 1
---------------	----------------	---	----------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.1.9	15/0076	Stellplatzsatzung CDU-Fraktion	FD 6/30, FD 6/10
---------------	----------------	---	-------------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

12.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Herr Gleß von der Verwaltung teilte mit, dass wegen der jetzt anhaltenden wärmeren Temperaturen die Firma, die in Niederpleis den Kreisel gebaut hat, aufgefordert wurde, in Kürze für eine Baustelleneinrichtung und damit verbunden die Fertigstellung des Kreisels zu sorgen.

Zum Bauvorhaben Bachstraße teilte er mit, dass der Baubeginn erfolgt ist. Die Baugrube sei ausgehoben und erste Spundwände gesetzt worden.

Dann schloss der Ausschussvorsitzende um 20:00 Uhr die öffentliche Sitzung.